



## Resolution

### **„34 Jahre Wiedervereinigung - Noch immer grundgesetzwidrige Benachteiligung der Ostrentner!“**

#### **Appell an alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien**

**Auch im 34. Jahr der Wiedervereinigung gibt es bisher keine Anzeichen, dass die im Grundgesetz verankerte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland in absehbarer Zeit erreicht wird.**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Mitgliederversammlung am 24.10.2024 in Leipzig fordern deshalb alle Parteien im Deutschen Bundestag auf, die Beseitigung noch immer bestehender Ungerechtigkeiten und des Unrechts gegenüber den Ostrentnerinnen und Ostrentnern auf den Weg zu bringen.

Seit Jahren blockieren die Bundesregierungen, insbesondere das Bundessozialministerium und auch der Deutsche Bundestag alle Vorschläge von Gewerkschaften und von Sozial- und Interessenverbänden, die Schlechterstellung der derzeitigen und auch der künftigen Ost-Rentnergenerationen endlich zu beseitigen. Absichtserklärungen in Koalitionsvereinbarungen werden nicht eingehalten oder so vage formuliert, dass jegliches Vertrauen in die politischen Gremien verloren gegangen ist.

Mit dem sogenannten „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ (RÜAG) von 2017 werden auch künftige Ost-Rentnergenerationen durch den Wegfall der Hochwertung der noch immer deutlich niedrigeren Ost-Löhne gravierend benachteiligt. Die ursprünglich mit dem RÜAG von der SPD versprochene Beseitigung der bei der Rentenüberleitung geschaffenen Rentenungerechtigkeiten wurde überhaupt nicht angefasst.

Das gravierende Unrecht gegenüber den DDR-Berufs- und Personengruppen besteht noch immer. Die vom Unrecht Betroffenen fühlen sich ihrer Würde beraubt und haben den Glauben an den Rechtsstaat verloren, zumal sie ja faktisch auch vom „Härtefallfonds“ aufgrund der Ausschlusskriterien ausgeschlossen wurden.

Darüber hinaus stellen wir fest, dass die derzeit geplante „Rentenreform“ überhaupt keine wirklichen Aspekte enthält, mit der gesetzliche Rente ausreichend finanziert werden kann und die zukünftigen Rentnergenerationen vor Altersarmut geschützt werden können.

Wenn die derzeitige Bundesregierung in der Generaldebatte im Bundestag den jungen Menschen eine stabile Rente garantiert, ist das lediglich ein Versprechen. Sichere Renten wird es nur dann geben, wenn endlich eine grundlegende Rentenreform eingeleitet wird, siehe Österreich, bei der **alle** Erwerbstätigen, auch die Beamten, die Selbstständigen und Abgeordneten der Parlamente in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden und auch die Beitragsbemessungsgrenze angehoben wird.

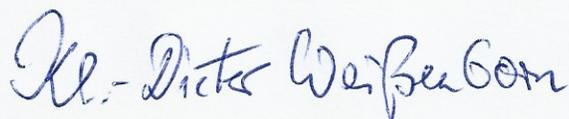
**Wir fordern deshalb von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien:**

- 1. Bei der Erarbeitung der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 sind Vorschläge für eine wirklich zukunftsfähige Rentenreform zu erarbeiten, damit auch in Deutschland für alle Beschäftigten künftig sichere und auskömmliche Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung resultieren.  
Es müssen umgehend Maßnahmen eingeleitet werden, die die unterschiedliche Behandlung von abhängig Beschäftigten und Beamten sowie Selbstständigen bei Renten/Pensionen beseitigen.**
- 2. Es müssen endlich, im 35. Jahr nach der Wiedervereinigung, konkrete Schritte zur Entschädigung der Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen beschlossen werden, damit es eine angemessene Wiedergutmachung für die grundgesetzwidrige Aberkennung ihrer gesetzlichen Renten- und Versorgungsansprüche durch die Bundesrepublik gibt. Die Vorschläge des Runden Tisches Rentengerechtigkeit für einen Gerechtigkeitsfonds sind der Bundesregierung und allen Bundestagsfraktionen seit 2019 bekannt.**

**Die Bundesregierung und alle Parteien des Deutschen Bundestages sind gefordert!**

**Die oft abgegebenen Erklärungen, alles zu tun, um auch die Innere Einheit zu verwirklichen, werden nur dann glaubhaft, wenn auch die soziale Einheit endlich gestaltet wird und die Benachteiligung der Ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner beseitigt wird.**

**Nur das wäre im Sinne der Denkschrift zur Deutschen Einheit!**



Klaus-Dieter Weißenborn

Leipzig, den 24. Oktober 2024

Vorsitzender

**Die Resolution wurde von allen anwesenden Teilnehmern unterschrieben!**